

TITELSEITE

## «Corona gut bewältigt»: Kanton hebt Notlage auf

**Nach gut drei Monaten endet im Aargau am Freitag um 24 Uhr der Krisenmodus.**

Fabian Hägler

Am 16. März rief der Regierungsrat im Aargau wegen der Coronapandemie die kantonale Notlage aus. Seither gab es eine Taskforce Coronavirus, regelmässige Lagebulletins mit Infektions- und Opferzahlen, Zivilschutzaufgebote für viele Aargauer, ein Bataillon der Armee im Kantonsspital Baden – und zahlreiche Verordnungen des Regierungsrats, um die Krise zu bewältigen. Dies sei im Aargau gut und unaufgeregt gelungen, sagte Landammann Markus Dieth am Mittwoch an einer Medienkonferenz. Eine Überlastung der Spitäler sei verhindert worden, die Zahl der Infizierten und Opfer sei im Kantonsvergleich relativ niedrig, die Nachverfolgung der Infektionsketten funktioniere.

Auch nach den Lockerungen der Coronaregeln blieben die Zahlen im Aargau tief. Schon vor zwei Wochen kündigte der Regierungsrat an, die kantonale Notlage am 19. Juni aufzuheben. Dies tut er nun, am Freitag um Mitternacht endet der Krisenmodus im Aargau – gleichzeitig mit der Rückkehr zur besonderen Lage auf nationaler Ebene. Damit wird im Aargau das Besuchsverbot in Spitälern aufgehoben, die Gremien zum Krisenmanagement werden aufgelöst, der Zivilschutzeinsatz endet. Bei einer allfälligen Eskalation würden die Sonderstrukturen aber rasch wieder hochgefahren, hielt Dieth fest.

### **Spitälern fehlen 95 Millionen wegen Wochen im Coronamodus**

Finanziell hat die Krise einige Löcher in die Kassen wichtiger Unternehmen im Aargau gerissen. Den Spitälern ist ein Schaden von rund 95 Millionen Franken entstanden, weil sie sich auf Covid-Patienten fokussieren und Operationen absagen mussten. Dieser soll laut Gesundheitsdirektor Jean-Pierre Gallati von Bund, Kanton und Krankenkassen gemeinsam gedeckt werden.

Bus- und Bahnbetreibern fehlen 30 bis 40 Millionen Franken, weil Passagierzahlen sanken und Billettverkäufe im Lockdown massiv einbrachen. Diesen Betrag wird laut Verkehrsdirektor Stephan Attiger der Kanton decken.

Bei weitem nicht ausgeschöpft wird hingegen das 150-Millionen-Hilfspaket des Kantons für die Aargauer Wirtschaft. Insgesamt dürften nur 18,5 Millionen Franken beansprucht werden, davon gut 3,8 Millionen à fonds perdu, also nicht rückzahlbare Beiträge.

Offen ist, ob der Präsenzunterricht an Berufs- und Kantonsschulen nach den Sommerferien startet. Er hoffe darauf, doch dies sei nur möglich, wenn der Bund die Abstandsregeln lockere, sagte Bildungsdirektor Alex Hürzeler.

---

### Kommentar

## Lob angebracht, mit zwei Abstrichen

Rolf Cavalli

Eigenlob stinkt bekanntlich. Darum sind Markus Dieths Worte, der Kanton habe in der Coronakrise «rasch, effizient und besonnen» gehandelt, mit Vorsicht zu geniessen. In der Sache aber kann man dem Landammann recht geben. Mit zwei

Abstrichen.

Rasch und effizient war das Krisenmanagement von Anfang an. Als Zürich noch nach einem Bewilligungskonzept für Veranstaltungen suchte, hatte der Aargau schon Formulare für Betroffene aufgeschaltet. Speditiv bauten die Behörden auch den Berg von Kurzarbeitsgesuchen ab. Besonnenheit war über weite Strecken ebenfalls ein Aargauer Merkmal in der Coronakrise. Die Kantonsärztin veröffentlichte fast täglich die neusten Coronazahlen, ohne dabei alarmistisch zu werden. Der Regierungsrat verzichtete auch auf Aktionismus, als andere Kantone schon nach einem Ausgehverbot riefen.

Bleiben zwei Abstriche. Der offene Brief an den Bundesrat mit der Forderung nach einer schnelleren Öffnung des Einzelhandels war inhaltlich nachvollziehbar, aber in der Form etwas gar durchsichtig. Verunsicherung löste die Notverordnung aus, die es der Polizei erlaubte, Videokameras zur Live-Überwachung zu nutzen. Sie wurde später nie genutzt, hätte aber besser erklärt und legitimiert werden müssen.

Dieth sprach gestern nur von «Zwischenfazit» beim Krisenmanagement. Auch er weiss: Um sich abschliessend auf die Schulter zu klopfen, ist es angesichts der Ungewissheit einer zweiten Covid-Welle noch zu früh.

---

AARGAU SEITE 20

## «Noch etwas weg von Normalität»

**Genau um 24 Uhr am Freitag endet im Aargau die Notlage, die wegen Corona am 16. März verhängt wurde. Der Regierungsrat beurteilt sein eigenes Krisenmanagement positiv. Die AZ zeigt die Knackpunkte, die während der Pandemie in den Departementen auftauchten.**

Fabian Högler

«Das wichtigste Ziel wurde erreicht», sagte Landammann Markus Dieth, als der gesamte Regierungsrat am Mittwoch vor den Medien ein Zwischenfazit zur Bewältigung der Coronakrise zog. «Eine Überlastung des Gesundheitssystems im Aargau konnte verhindert werden – dank Verständnis und Solidarität der Bevölkerung sowie sehr viel Einsatz aller Personen, die am Krisenmanagement beteiligt waren.» Die Zahl der Neuansteckungen hat sich im Aargau auf tiefem Niveau stabilisiert. Dies deutet für Dieth darauf hin, dass der Kanton die Coronakrise «gut, unaufgeregt und besonnen gemeistert hat».

Deshalb könne der Regierungsrat guten Gewissens am Freitag um 24 Uhr die kantonale Notlage aufheben, sagte Dieth. Zugleich mahnte er: «Das Virus ist immer noch da, es ist sehr wichtig, die Hygiene- und Abstandsregeln weiterhin einzuhalten.» Auch im Aargau sei man «noch ein gutes Stück von der echten Normalität weg», bilanzierte Dieth. Dies zeigt sich in den Departementen aller fünf Regierungsräte.

### **Contact-Tracing hat Grenzen, Spitälern fehlen 95 Millionen**

Gesundheitsdirektor Jean-Pierre Gallati lobte Kantonsärztin Yvonne Hummel, die ihr Amt erst im Januar angetreten hatte und «einen starken Einstand» hingelegt habe. Derzeit ist Hummel mit der Verfolgung von Ansteckungen, dem sogenannten Contact-Tracing, beschäftigt. Infizierte müssen in Isolation, ihre engen Kontaktpersonen in Quarantäne. Doch das Contact-Tracing, für das im Aargau ein Zentrum aufgebaut wurde, hat Grenzen. Bei zwei bis drei Kontaktpersonen, wie es derzeit der Fall ist, reichen die personellen Ressourcen für 70 bis 100 Infizierte. Steckt eine Person mehr Leute an, reduziert sich die Kapazität – «dann müssten wir mehr Mitarbeiter rekrutieren», sagt Hummel.

Eine wichtige Rolle spielten in der Coronakrise die Spitäler, die sich phasenweise voll auf Covid-19-Patienten ausrichten mussten. Dies führte zu Mehrausgaben, zum Beispiel für Beatmungsgeräte, und brachte Ertragsausfälle, weil Operationen ausfielen. 95 Millionen Franken fehlen den Spitälern laut Schätzung des Kantons insgesamt. Diesen Betrag sollen Bund, Kantone und Krankenkassen gemeinsam decken, fordert Gallati.

Sollten im Aargau lokale Infektionsherde mit vielen Corona-Ansteckungen auftauchen, könnte die Kantonsärztin laut Gallati für diese Orte auch wieder spezifische Vorgaben zu Quarantäne oder Kontaktbeschränkungen erlassen.

### **Wirtschaftspaket: Nur 18,5 von 150 Millionen Franken nötig**

Nach dem Lockdown mussten zahlreiche Unternehmen im Aargau schliessen, besonders hart betroffen waren Gastro- und Eventbranche. Der Kanton stellte in einem Hilfspaket mit mehreren Elementen insgesamt 150 Millionen Franken zur Verfügung. Der Gewerbeverband kritisierte, dass Kredite und Darlehen wenig bringen würden und verlangte Hilfe à fonds perdu, also nicht rückzahlbare Beiträge. Nun zeigt sich: Das Volumen des Hilfspakets wird bei weitem nicht ausgeschöpft. 3,8 Millionen Franken an Sofortzahlungen und maximal 14,7 Millionen Franken an Krediten – insgesamt also 18,5 Millionen Franken – beansprucht die Wirtschaft bisher. Die Kurzarbeit – bisher sind 10782 Gesuche für 168474 Personen bewilligt – federt offenbar viel ab.

Finanzdirektor Markus Dieth sagt: «Die Bundeshilfen flossen rasch und unkompliziert, die ersten Lockerungen brachten Unternehmen wieder zum Laufen, deshalb haben sich die ersten Befürchtungen nicht bewahrheitet, dass Corona die Wirtschaft zum Zusammenbruch bringen würde.» Wenn jetzt noch Läden geschlossen wären, hätten Aargauer Unternehmer sicher stärker auf Staatshilfe zurückgreifen müssen.

### **Schulöffnung und Matur gut, Kanti und Berufsschule unklar**

Von zwei Seiten musste Bildungsdirektor Alex Hürzeler zuletzt Kritik einstecken. Lehrpersonen befürchteten vor der Rückkehr zum Präsenzunterricht im Klassenzimmer, dass Schulen zu Virenherden werden könnten. Und Kantonsschüler wehrten sich dagegen, dass sie die Maturprüfungen absolvieren mussten, obwohl sie zuvor wochenlang nur Fernunterricht hatten.

In beiden Fällen zieht Hürzeler im Rückblick eine positive Bilanz: Die Schutzkonzepte bei der Schulöffnung hätten eingehalten werden können, nur wenige Lehrpersonen und Schüler, die zur Risikogruppe mit Vorerkrankungen zählen, seien noch zu Hause. Zu einem Anstieg der Infektionszahlen sei es an den Schulen nicht gekommen, sagte Hürzeler. Und bei den Maturprüfungen hätten im Aargau noch nie so wenige Schüler gefehlt wie dieses Jahr.

Hürzeler möchte auch an Kantons- und Berufsschulen, also bei Schülern über 16 Jahren, nach den Sommerferien wieder mit Präsenzunterricht starten. Damit dies möglich wird, müsste der Bundesrat aber die 2-m-Abstandsregel aufheben, sagte der Bildungsdirektor.

Dass in Sport und Kultur nach den Lockerungen wieder Trainings und Proben möglich seien, dass Sporthallen und Museen wieder offen sind, freut Hürzeler sehr. Allerdings seien die Besucherzahlen bei Kulturbetrieben niedrig – und die Finanzprobleme vorhanden: 7,9 Millionen Franken an Ausfallentschädigungen wurden bisher beantragt.

### **Transportunternehmen fehlen 30 bis 40 Millionen Franken**

Durchzogen fällt die Bilanz von Bau- und Verkehrsdirektor Stephan Attiger aus. Positiv: Die kantonalen Strassenbauprojekte und Hochwasserschutzvorhaben konnten in der Krise vorangetrieben werden, Baustellen wurden nicht stillgelegt. «So konnten wir Planungsbüros und Baufirmen unterstützen, es wird kaum Mehrkosten geben», sagte Attiger. Homeoffice, die Schliessung vieler Freizeitangebote und der Aufruf des Bundes, zu Hause zu bleiben, führten aber zu massiv weniger Passagieren im öffentlichen Verkehr. Den Transportunternehmen, neben den SBB im Aargau zum Beispiel der Regionalbus Lenzburg, die RVBW in Baden und Wettingen oder die Bahnen von Aargau Verkehr, fehlt ein zweistelliger Millionenbetrag. «Der Kanton bestellt die Leistungen des öffentlichen Verkehrs, wir werden diese Ausfälle ausgleichen müssen, weil die Einnahmen aus Billettverkäufen wegen Corona viel tiefer lagen», sagte Attiger. Bei den interregionalen Verbindungen zahlt auch der Bund mit, daraus ergibt sich ein Kostenteiler – für den Kanton werden zwischen 30 und 40 Millionen fällig, der an die Transportunternehmen geht. Auch im nächsten Jahr dürften nochmals rund 10 bis 15 Millionen Franken fehlen.

### **Videoüberwachung in Echtzeit von Polizei nie eingesetzt**

Heftig kritisiert wurde ein Entscheid des Regierungsrats, wonach die Kantonspolizei in Echtzeit auf Videokameras im öffentlichen Raum zugreifen konnte. Innendirektor Urs Hofmann hielt fest, diese Kompetenz sei rein präventiv erteilt und letztlich nie genutzt worden. «Es war nicht nötig, weil sich die Bevölkerung zum grössten Teil gut an die Abstandsregeln und das Versammlungsverbot gehalten hat.»

Hofmann ist auch für die Gemeinden zuständig, diese hätten in der Krise gut funktioniert und wichtige Dienstleistungen für die Bürger erbracht. Mit Blick in die Zukunft sieht er sinkende Steuererträge und steigende Sozialkosten als grösste Probleme, die auf die Aargauer Gemeinden zukommen.



Die obersten Krisenmanager des Kantons zogen Bilanz zur Coronakrise: Gesundheitsdirektor Jean-Pierre Gallati, Bildungsdirektor Alex Hürzeler, Landammann und Finanzdirektor Markus Dieth, Baudirektor Stephan Attiger und Volkswirtschaftsdirektor Urs Hofmann (von links).

---

## Wie soll die Politik in der Krise funktionieren?

### Grossräte von CVP und FDP verlangen neue Regeln, Regierung verspricht Coronabericht bis Frühling 2021

Fabian Hägler

Analyse - Bei den Corona-Infektionen pro Kopf der Bevölkerung liegt der Aargau relativ weit hinten – bei Ansteckungen innerhalb der Regierung war der Kanton aber stark betroffen: Finanz- direktor Markus Dieth und Volkswirtschaftsdirektor Urs Hofmann litten an Covid-19. Während der Verlauf bei Dieth mild war, musste Hofmann sogar einige Tage im Spital behandelt werden. Damit seien zwei der fünf Regierungsräte «zumindest kurzfristig ausser Gefecht gesetzt» worden, schreibt CVP-Grossrat Harry Lütolf in einem Vorstoss. Dass sich nicht mehr Regierungsmitglieder ansteckten und ausfielen, war aus seiner Sicht purer Zufall.

Lütolf weist darauf hin, dass laut Organisationsgesetz mindestens drei Regierungsräte anwesend sein müssen, damit das Gremium beschlussfähig ist. Bisher fehle eine Regelung in Gesetz oder Verfassung, wer im Aargau die Entscheidungsgewalt habe, wenn die Regierung mehrheitlich oder vollständig ausfallen würde. Genau diese Lücke möchte Lütolf schliessen: Er fordert den Regierungsrat per Motion auf, eine Regelung zu schaffen, «damit auch in einer ausserordentlichen Lage die Entscheidungsfähigkeit des Staates sichergestellt werden kann.»

In der Coronakrise konnte auch der Grosse Rat wochenlang nicht tagen. Dasselbe gilt für die Gemeindeparlamente: Erst seit kurzem kommen die Einwohnerräte wieder zu Sitzungen zusammen. Aufgrund der Abstands- und Hygieneregeln waren die üblichen Versammlungslokale zu klein, so wurde die Sitzung in Baden zum Beispiel im Trafto durchgeführt. Suzanne Marclay und Titus Meier (beide FDP) wollen es den Gemeinden ermöglichen, Einwohnerratssitzungen digital durchzuführen. Bisher fehlt eine Gesetzesgrundlage für virtuelle Ratsdebatten, diese solle der Regierungsrat nun schaffen, fordern die Freisinnigen. Dies solle nicht nur in einer Pandemie, sondern auch in der normalen Lage möglich sein. Marclay und Meier könnten sich auch vorstellen, dass abwesende Ratsmitglieder in begründeten Fällen virtuell an einer Ratssitzung teilnehmen könnten.

Bisher sind im Grossen Rat mehr als zwei Dutzend Coronavorstösse eingereicht worden. Einige davon will der Regierungsrat in einem umfassenden Bericht beantworten, der in der ersten Hälfte des kommenden Jahres vorliegen soll. Staatsschreiberin Vincenza Trivigno sagte, man wolle die Analyse jetzt einleiten, «wenn die Eindrücke und Erfahrungen noch frisch sind.» In diesem Coronabericht soll es nicht nur um politische Forderungen aus dem Parlament gehen. Die Regierung will auch eine Auswertung zur Zusammenarbeit von Bund, Kanton und Gemeinden liefern und übergeordnete Aspekte im Krisenmanagement beurteilen. Aus dieser Analyse sollen sich laut Trivigno dann Erkenntnisse ergeben, die aufzeigen, wo in ähnlichen Situationen konkreter Handlungsbedarf besteht.

Gleichen Tags erschienen in: Badener Tagblatt, Zofinger Tagblatt

© Aargauer Zeitung